

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn



Anthony J. Nicholls

**Die deutsch-britischen
Beziehungen: Ein
hoffnungsloser Fall?**

**Discussion
Paper**

C 16
1998

Anthony J. Nicholls, Jahrgang 1934, studierte 1955 bis 1961 Europäische Geschichte in Oxford und München. Seit 1960 lehrt und forscht er am St Antony's College in Oxford, an dem er seit 1976 das European Studies Centre als Direktor leitet. Für die Fachbereiche Geschichte und Sozialwissenschaften betreut er seit vielen Jahren das Programm für Visiting Professors aus Deutschland. Seit 1970 ist er zudem als College Lecturer am Trinity College in Oxford tätig. Anthony J. Nicholls ist Mitglied der Royal Historical Society und des Beirats des German Historical Institute in London. Er war Gründungsvorsitzender der German History Society, an deren Spitze er bis 1996 stand. 1993 wurde Anthony J. Nicholls das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen. Er ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen über die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, zusammen mit Carl C. Schweitzer brachte er 1984 den Band *Politics and Government in the Federal Republic of Germany. Basic Documents* heraus.

Anthony J. Nicholls

Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?

Der Titel dieses Beitrags ist bewußt provozierend gewählt. Selbstverständlich bin ich nicht der Meinung, daß das Verhältnis zwischen Deutschland und Großbritannien so besonders schlecht ist. Man kann aber schon etwas enttäuscht darüber sein, daß das Verhältnis über die letzten Jahre nicht wärmer und ergiebiger und die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Ländern, die so viele gemeinsame Interessen haben, nicht viel mehr zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Dieser Beitrag spiegelt deswegen manche vage Beunruhigungen wider, die seit der deutschen Wiedervereinigung und seit dem Ende des Kalten Krieges mit Hinblick auf die deutsch-britischen Beziehungen festgestellt werden konnten. Zu Beginn sei aber erwähnt, daß ich mich eigentlich nicht als ein Opfer des Pessimismus betrachten würde, war ich doch immer eher dazu geneigt, die Lage der gegenseitigen Beziehungen optimistisch zu beurteilen.

Im folgenden beschäftige ich mich mit drei Thesen. Keine davon ist besonders neu, aber alle drei zusammen sind meiner Meinung nach nicht ohne Bedeutung für die gemeinsame Zukunft der Deutschen und der Briten. Punkt eins betrifft die öffentliche Meinung in Großbritannien und ihre Manipulierung durch euroskeptische Medien. Alte Befürchtungen gegenüber Deutschland werden aufgewärmt, um das Volk gegen weitere Schritte im europäischen Integrationsprozeß zu mobilisieren. Diese Taktik ist nicht gerade neu, wurde aber weitaus häufiger angewandt, nachdem Deutschland wiedervereintigt und der Kalte Krieg beendet war.

Punkt zwei ist die einfache Tatsachenfeststellung, daß es für Befürchtungen über ein ungünstiges bilaterales Verhältnis oder gar Meinungsverschieden-

heiten zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland überhaupt keine Gründe gibt. In dieser Hinsicht kann man die jetzige Lage keinesfalls mit der Zeit vor dem ersten Weltkrieg vergleichen, vom Dritten Reich gar nicht erst zu sprechen.

Der dritte Punkt dagegen ist wirklich schwierig, da er über die eigentlichen deutsch-britischen Beziehungen hinausgeht: Es geht vielmehr um die unterschiedliche Bewertung der Europäischen Union in Großbritannien und in manchen anderen europäischen Ländern, vor allem in den Urmitgliedern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. In Großbritannien hat es immer eine weitaus größere Bereitschaft gegeben, die Ziele des europäischen Unternehmens kritisch unter die Lupe zu nehmen, als dies auf dem Festland der Fall war. Hinzu kommt die Tatsache, daß Europapolitik seit 1963 oft als Ergebnis einer deutsch-französischen Achse zu betrachten ist, eine Tatsache, die nicht gerade geeignet ist, Vertrauen oder Begeisterung in London zu erwecken.

Die Kritik in der öffentlichen Diskussion

Ich will mit dem Jahr 1990 anfangen, weil damals gewisse Probleme zwischen Großbritannien und Deutschland im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung und dem Ende des Kalten Krieges auftauchten. Es handelte sich zwar hauptsächlich nur um Kleinigkeiten, sie alle haben aber die allgemeine Stimmung zwischen beiden Ländern getrübt. Als ich zum ersten Mal das *Haus der Geschichte* in Bonn besuchte, stellte ich traurig - aber nicht besonders erstaunt - fest, daß auf dem Flur, auf dem der Prozeß der deutsche Einigung dargestellt wird, nur ein einziges britisches Objekt zu entdecken war. Es war die Titelseite der Londoner Wochenschrift *The Spectator*, auf der eine Skizze abgebildet war, die den englischen Kabinettsminister Nicholas Ridley zeigt, wie er gerade ein Wahlplakat von Helmut Kohl mit einem Hitlerschnurrbart ausschmückt. Diese Ausgabe des *Spectators* erschien am 14. Juli 1990 (also zweieinhalb Monate vor der deutschen Vereinigung) und enthielt ein Interview mit Ridley, in dem dieser die Macht der Deutschen Bundesbank mit der Gewaltherrschaft Hitlers verglich.

Ridleys Äußerungen haben damals selbstverständlich großes Aufsehen erregt, und er selbst mußte von seinem Amt zurücktreten. Aber der Verdacht bestand, er habe nur gesagt, was manche seiner rechtsstehenden Kollegen im Kabinett ebenso dachten. Dieser Eindruck wurde noch durch das im Juni 1990 auf nicht ganz geklärte Weise an die Öffentlichkeit gelangte berüchtigte Gespräch zwischen Prime Minister Margret Thatcher und mehreren Geschichtswissenschaftlern verstärkt. In dessen Verlauf kam es zu peinlichen und primitiven Pauschalurteilen über den angeblichen deutschen Nationalcharakter. Es wäre wohl zu überprüfen, ob das deutsche Volk noch über die Eigenschaften „Angst, Aggressivität, Anmaßung, Einschüchterung, Egoismus, Minderwertigkeitskomplexe und Sentimentalität“ verfüge. Diese beleidigende Liste, die ganz bestimmt nicht von den anwesenden Historikern stammte, könnte man vielleicht mit den ominösen Äußerungen von Lord Vansittart während des Zweiten Weltkriegs vergleichen, die dieser in seiner bekannten deutschfeindlichen Schmähchrift *Black Record* veröffentlichte. Dabei darf man aber nicht vergessen, daß die Meinung von Vansittart schon während des Krieges gerade in Großbritannien heftig kritisiert¹ und niemals zur Position der britischen Kriegsregierung gemacht worden war.

Die Historiker, die sich fast fünfzig Jahre später in Chequers versammelten, haben solche Vorurteile ebenfalls strikt verworfen. Ihr einstimmiger Rat lautete: „Deutschland sollte als Partner umarmt werden und als Freund geholfen“². Der Staat, der nach 1949 in Westdeutschland aufgebaut worden war, sei ganz anders als seine Vorgänger. Die Vereinigung Deutschlands als demokratische Nation an der Grenze zu den mitteleuropäischen Ländern, welche ihre eigenen neuen demokratischen Regierungsformen wählen

¹ Vgl. Anthony J. Nicholls: Die britische Linke und der 20. Juli 1944, in: Klaus-Jürgen Müller und David N. Dilks (Hrsg.): Großbritannien und der deutsche Widerstand 1933-1944, München 1994, Seite 126-127.

² Zitiert in Terence Hughes: The Image Makers. National Stereotypes and the Media. Based on the British German Seminar at the Goethe Institut London, 21./22. Januar 1994, London o.J., Seite 3, Fußnote 2.

wollten, sei nur zu begrüßen.³ Leider wurden diese vernünftigen Äußerungen fast übersehen, und so waren es die entsetzlichen Bemerkungen am Anfang des Gesprächs, die die Schlagzeilen in London und Bonn bestimmten.

An dieser Stelle muß vielleicht auch auf die Tatsache eingegangen werden, daß die offizielle Politik der britischen Regierung gegenüber der deutschen Vereinigung im Jahre 1990 eindeutig kühl war. Obwohl die Briten sich wie alle NATO-Mitglieder verpflichtet hatten, die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit zu befürworten, schien es der britischen Regierung nicht so sehr wichtig, die unerwartete Gelegenheit, die sich nach dem November 1989 bot, so schnell wie möglich auszunutzen. Im Dezember sprach Margret Thatcher mit dem französischen Präsidenten François Mitterand und zeigte ihm eine Karte, worauf verschiedenen Formen des deutschen Reiches in der Vergangenheit zu sehen waren, die, so Thatcher, „nicht besonders beruhigend für die Zukunft“⁴ wären. Obwohl es für die britische Regierung nicht möglich war, die Politik der Vereinigung zu verhindern, ist es eindeutig, daß Bundeskanzler Kohl lieber mit den Russen oder vor allem mit Präsident Bush und der amerikanischen Regierung zusammenarbeitete als mit seiner konservativen Kollegin in London. Selbst die Franzosen unterstützten ihre deutsche Bundesgenossen nach anfänglichem Zögern schließlich brav.

Damit will ich nicht sagen, daß die britische Regierung und vor allem das britische Auswärtige Amt damals eine deutschfeindliche Politik vertreten hätte. Die Fachleute im diplomatischen Dienst und die Auslandsexperten in den wissenschaftlichen Instituten hatten die Vorteile der Vereinigung für die Zukunft Europas klar erkannt. Aber der Mangel an Begeisterung, der in

³ Vgl. Timothy Garton Ash: *The Chequers Affair*, in: *The New York Review of Books*, 27. September 1990, Seite 65.

⁴ Giles Radice, *The New Germans*, London 1995, Seite 190. Er zitiert hier aus Frau Thatchers Lebenserinnerungen: *Margaret Thatcher: The Downing Street Years*, London 1993, Seite 796.

bestimmten politischen Kreisen gegenüber der deutschen Einheit zu spüren war, war nicht zu übersehen und verdient eine etwas nähere Untersuchung.

Man sollte sich vielleicht nochmals Ridleys Meinungen zur deutschen Frage anschauen, um die Art der britischen Reaktion auf die deutsche Vereinigung besser zu verstehen. In der Tat war das Interview im *Spectator* eher ein Angriff auf die Europäische Gemeinschaft und vor allem auf die Kommission in Brüssel denn eine kritische Bewertung der deutschen Vereinigung. Ridley fing an, den damaligen Bundesbankpräsidenten Pohl zu kritisieren, weil dieser eine gemeinsame europäische Währung befürwortet hatte. Darauf reagierte Ridley scharf. Er beschrieb das Europäische Währungssystem als einen deutschen Schwindel, mit dem man ganz Europa dominieren wolle, weil die D-Mark immer die stärkste Währung bleiben würde. Ridley polemisierte gegen die siebzehn nicht gewählten und verkrachten Politiker in Brüssel - d.h. gegen die Europäische Kommission - und behauptete, er sei nicht gegen jede Aufgabe der nationalen Souveränität. Soweit es aber um die EG gehe, würde er genauso gern gegenüber Hitler kapitulieren, weil es schließlich leichter sei, in Luftgefechten zu kämpfen als mit wirtschaftlichen Mitteln zu operieren. Hier stoßen wir sofort auf einen Zusammenhang, der immer wieder auftaucht, die Verbindung zwischen der Angst vor einem starken Deutschland, der Neid gegenüber den Leistungen der westdeutschen Nachkriegswirtschaft und die Abneigung gegenüber der europäischen Integration.

In der Tat hatte die Abneigung britischer national gesinnter Kreise gegenüber Deutschland wenig mit der Wiedervereinigung zu tun, sondern ist eine Folge aus dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung des sowjetischen Ostblocks. Solange die Konfrontation mit der Sowjetunion andauerte, galt Großbritannien, zumindest in den Augen des englischen Establishments, als eine der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Als der Kalte Krieg beendet war, wurde Großbritannien eine von mehreren mittelgroßen europäischen Mächten, und es war offensichtlich, daß das Königreich trotz seiner Leistungen in den Jahren zwischen 1939 und 1945 kaum mehr als einer der Sieger des Friedens angesehen wurde.

Das Ende des Kalten Krieges und der etablierten Bipolarität der Supermächte bedeutete, daß Großbritanniens Stellung in der Welt plötzlich in Frage gestellt wurde. Es war bezeichnend, daß die britische Regierung mit Eifer seine Rolle des treuesten Verbündeten der Vereinigten Staaten spielte, als es im Sommer 1991 darum ging, Kuwait nach der irakischen Invasion zu befreien. Hierbei konnte man die Beunruhigung spüren, die die enge Zusammenarbeit zwischen Bonn und Washington während der deutschen Vereinigungsphase verursacht hatte. Als britische Truppen im Golfkrieg kämpften, erhob die konservative Tagespresse ein empörtes Geschrei, weil die deutschen Streitkräfte Gewehr bei Fuß blieben und die Deutschen trotz ihrer mächtigen Wirtschaft an diesem internationalen Feldzug nicht teilnehmen wollten. Das erfolgreichste Boulevardblatt in Großbritannien, Rupert Murdochs *The Sun*, führte damals ein Gespräch mit dem deutschen Botschafter, das unter dem genialen Titel „The Hun meets the Sun,“ abgedruckt wurde. Unter anderem war dem Botschafter damals auch die Frage gestellt worden: „Warum benehmen sich die Deutschen in der Golfkrise so feige?“⁵

Ich kenne deutsche Kollegen, die über die Tatsache, daß Deutschland an der gemeinsamen Aktion gegen Irak nicht teilgenommen hat, ebenfalls recht unglücklich waren. Es ist aber klar, daß die britische Kritik nicht die Absicht hatte, Deutschland zu ermutigen, sich in die Reihen der Verbündeten zu stellen. Ganz im Gegenteil. Berichte, nach denen die Bundeswehr sich darauf vorbereitete, an internationalen Operationen außerhalb des NATO-Gebietes teilzunehmen, verursachten teilweise schon fast hysterische Reaktionen. Als im Juli 1994 der britische Außenminister Hurd den Entschluß des Bundesverfassungsgerichts begrüßte, solche Truppeneinsätze zu ermöglichen, wurde er in der *Daily Mail* unter der Schlagzeile „Alle Macht den Deutschen“ gerügt. In dem Artikel wurde behauptet, daß Hurd die deutsche „Aufrüstung“, die es selbstverständlich nicht gab, befürworte. Außerdem billigte die Zeitung die Äußerungen des euroskeptischen, konservativen Abgeordneten Nicholas Budgen:

⁵ Zitiert in Radice, *The New Germans*, Seite xii.

Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall

„Ich würde es überhaupt nicht begrüßen, wenn sich die militärische Macht Deutschlands vergrößern würde. Sie hat zwei Kriege in diesem Jahrhundert provoziert, und nationale Eigenschaften ändern sich nicht in einer solchen kurzen Zeitspanne“⁶.

Als der Generalinspekteur der Bundeswehr, Horst Naumann, im Herbst 1994 in Oxford einen sehr nüchternen und nuancierten Vortrag über die deutsche Militärpolitik hielt, belehrte die *Daily Mail* ihre Leser, die Deutschen bereiteten sich darauf vor zu marschieren - es war nicht ganz klar wohin - und dies sei eine beunruhigende Tatsache. Geschmückt wurde diese Hiobsbotschaft selbstverständlich mit einem imponierenden Bild eines schweren deutschen Panzers. Die Tatsache, daß die deutsche Einigung den Abzug von vierhunderttausend sowjetischen Soldaten mit sich gebracht hatte und die Briten deswegen auf Kosten der deutschen Steuerzahler erheblich weniger Geld für die Verteidigung des europäischen Festlands ausgeben mußten, blieb dagegen unerwähnt.

Nun könnte man doch einwenden, warum sollten wir solche eigenartige kritische Stimmen so hoch werten? Ist es nicht wahr, daß die britische Regierung die deutsche Einheit offiziell begrüßt hat, und daß der Nachfolger von Frau Thatcher, John Major, nach deren Abtritt von der politischen Bühne den Vertrag von Maastricht trotz aller Schwierigkeiten durch das Westminster-Parlament durchgeboxt hat? Schließlich und vor allem, haben die Briten nicht seit dem 1. Mai 1997 eine völlig neue Labour-Regierung, die alle alten britischen Vorurteile gegenüber Europa aus dem Fenster geworfen hat und sich bemüht, endlich die persönliche Beziehungen mit Bonn auf echt freundschaftliche Füße zu stellen? Können wir nicht erwarten, daß New Labour trotz seiner reformistischen Tendenzen bessere Beziehungen zur SPD pflegen kann als das zwischen CDU und der Conservative Party möglich war? Leider darf man in dieser Hinsicht nicht allzu optimistisch sein.

Die Reibereien zwischen Bonn und London hörten nicht auf, nachdem Frau Thatcher gezwungen wurde, ihr Amt aufzugeben. Es ist wahr, daß sich die

⁶ Zitiert in Radice, *The New Germans*, Seite xii.

persönlichen Beziehungen zwischen dem deutschen Bundeskanzler und dem britischen Prime Minister verbesserten. Aber trotz Majors etwas volkstümlicherer Art blieben die Beziehungen zu Helmut Kohl nicht ungetrübt. Hierfür können zwei Beispiele angeführt werden: das Ausscheiden der Briten aus der Europäischen Währungssystem und die schwere Agrar-krise in Westeuropa als Ergebnis der hauptsächlich in Großbritannien auf-tretenden BSE-Seuche. Beide Fälle hatten tatsächlich sehr wenig mit Deutschland zu tun.

Der erste war das Ergebnis der Unmöglichkeit, das überbewertete Britische Pfund im September 1992 gegen Spekulation zu schützen. Deswegen mußte es das Europäische Währungssystem unter sehr peinlichen Umstän-den verlassen, obwohl sich die Regierung vorher noch strikt geweigert hatte, eine derartige Abwertung des Pfunds zuzulassen. Es war recht ty-pisch, daß dieser aus der Schwäche der britischen Wirtschaft resultierende Zwischenfall zu einem Krach zwischen London und Bonn - oder besser gesagt, zwischen London und Frankfurt - führte. Die britische Regierung versuchte nämlich, die Verantwortung für ihre Geldkrise auf die Zinspolitik der Bundesbank zu schieben. Der deutsche Botschafter wurde ins *Foreign Office* bestellt - eine fast unerhörte Maßnahme gegenüber einem hochange-sehenen Vertreter eines Bündnispartners - und die Presse wurde ermutigt, eine deutschkritische Erklärung für die britische Währungskatastrophe zu verbreiten. Auf ähnliche aber noch unverschämtere Weise versuchten die Regierung und die Presse in London im Frühling 1996, die Verantwortung für die tragischen Folgen der Rinderseuche BSE auf Brüssel und Bonn ab-zuschieben, da die EU - verständlicherweise - ein Exportverbot für briti-sches Rindfleisch angeordnet hatte. Statt an die Wurzel des Problems zu gehen, zogen die Politiker und Journalisten es vor, einen chauvinistischen Feldzug gegen die Bürokraten in Brüssel und die angeblich an einem Marktausschluß des guten britischen Rindfleisches interessierten Vertreter der kontinentalen Landwirtschaft zu führen. Als Prügelknaben für die kon-tinentale Haltung dienten vor allem die deutschen Landwirtschaftsexperten. Selbstverständlich war die deutsche Tagespresse auch nicht scheu - und hier denke ich vor allem an die *Bildzeitung* - die britische Politik zu verur-teilen. Diese Ablenkungsmanöver erreichten aber insofern ihr Ziel, als das

britische Publikum dadurch nur sehr langsam begriff, wie katastrophal die eigene Agrarpolitik gewesen war; der Schaden für die deutsch-britischen Beziehungen war nicht zu übersehen, und es war der Eindruck entstanden, die britische Regierung kümmere sich nicht viel um die Freundschaft mit Bonn.

Damit will ich nicht sagen, daß die britische Regierung alleine an allen Reibereien in diesen Jahren schuldig war. Beispielsweise wurde von britischen Balkanexperten im Nachhinein die deutsche Begeisterung für die Anerkennung Kroatiens stark kritisiert, die angeblich bei den Maastrichter Vertragsverhandlungen mit der britischen Regierung eine Rolle gespielt haben soll. Man habe dadurch bestimmt nicht dazu beigetragen, das internationale Ansehen der Europäischen Union zu verbessern.

Dies soll nur ein Beispiel für die gegenseitigen Irritationen sein. Zurück jedoch zum Ausgangspunkt, zur Wirkung der Presse und mancher elektronischen Medien - wie in Deutschland gibt es auch in Großbritannien eine ganze Reihe kommerzieller Rundfunk- und Fernsehsender - auf die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung und ihre Bedeutung für die deutsch-britischen Beziehungen. Das Mißtrauen gegenüber Deutschland ist in Teilen der britischen Presse weiterhin zu spüren. Es gibt bis heute tatsächlich eine giftige deutschfeindliche Begleitmusik, die vor allem - aber leider nicht nur - in rechten Kreisen zu hören ist. Im Frühling 1995 beispielsweise, als dem Ende des Zweiten Weltkrieges gedacht wurde, konnte man diese bitteren Töne hören. Es war ausgerechnet der *Spectator*, der sich wieder in dieser Hinsicht auszeichnete. In ihm wurde am 6. Mai 1995 der Leitartikel „Die deutsche Frage“ veröffentlicht. Diese Formulierung ist schon für sich alleine genommen nicht uninteressant. Zu fragen wäre, was für eine „deutsche Frage“ es damals überhaupt gab. In den Jahren der deutschen Spaltung haben sich die englischen konservativen Zeitungen sich selten darum gekümmert, wie man die eigentliche deutsche Frage, die Frage der Teilung Deutschlands, lösen könne. Der Verfasser des *Spectator*-Artikels behauptete nun aber:

„Heute ist der Nationalsozialismus keine Macht mehr. Aber der Gedenktag an den Sieg in Europa [„VE Day“] bedeutet auch die Niederlage Deutschlands. Und gerade damit fängt die Doppeldeutigkeit an ...

Mit dem Wachstum der deutschen Wirtschaft seit den sechziger Jahren, und vor allem seit der Wiedervereinigung Deutschlands, sind die Deutschen ein ernstes Problem geworden - vor allem für ihren nächsten Nachbar Frankreich, aber auch für Großbritannien und sogar für das breitere Atlantische Bündnis (in der Form einer immer aggressiveren, protektionistischeren Europäischen Union unter deutscher Führung). ... Deutschland ist keine militärische Bedrohung mehr. Der Sieg in Europa hat sie erledigt. Aber seine Bestrebungen in Europa bleiben eine tiefgreifende politische Bedrohung, die die anderen Staatsoberhäupter ... niemals vergessen sollten.“⁷

Der *Spectator* könnte selbstverständlich als ein etwas oberflächliches Unterhaltungsblatt abgeschrieben werden, obwohl er sicherlich die Vorurteile einer Richtung innerhalb der Konservativen Partei treu reflektierte. Aber auch in der Tagespresse konnte man ähnliche beunruhigende Tendenzen entdecken. Die *Daily Mail*, die als loyaler Freund der Major-Regierung galt, veröffentlichte damals beispielsweise einen Artikel, mit dem in der Öffentlichkeit regelrecht Angst vor Deutschland erweckt werden konnte⁸. Selbstverständlich gab es auch andere, weitaus positivere und vernünftiger britische Meinungen zum vereinigten Deutschland. Aber Zahl und Schärfe der deutschfeindlichen Äußerungen waren zu auffällig, als daß man sie einfach hätte übersehen können.

Es gibt einige Gründe zu befürchten, daß die deutschfeindlichen Beiträge in der britischen Tagespresse allmählich eine Wirkung auf die öffentliche Meinung haben. In den achtziger Jahren war die Stimmung unter der britischen Bevölkerung gegenüber Deutschland eher positiv - besonders bei den Jugendlichen. Studenten haben beispielsweise den Zusammenbruch der Berliner Mauer mit Begeisterung begrüßt. Seitdem jedoch das euroskeptische Konzert aus Äußerungen über eine deutsche „Hegemonie“ in einem „föderalistischen“ Europa zu hören ist, wurde in den Meinungsumfragen ein negativer Trend gegenüber Deutschland registriert. Im Jahre 1994 hatte

⁷ The German Question, Leitartikel in: *The Spectator*, 6. Mai 1995 (Unterstreichung A.J.N.).

⁸ Siehe die Diskussion bei Francis Wheen: *The Mail's War Lord who fell for Hitler*. in: *The Guardian*, 10. Mai 1995, Abschnitt 2, Seite 7.

eine Umfrage über die Haltung der Briten gegenüber von vier ausgewählten Nationen erbracht, daß 50% der britischen Befragten den Deutschen mißtrauten - interessanterweise gaben auch 47% der deutschen Befragten an, ein Mißtrauen gegenüber den Briten zu haben. Im September 1997 fand eine wissenschaftliche Tagung in Cambridge statt, auf der behauptet wurde, daß viele Briten glaubten, die Deutschen würden die Europäische Union ausnützen, „um mit friedlichen Methoden das zu erreichen, was sie während des Zweiten Weltkrieges nicht errungen hätten.“ In diesem Zusammenhang wurde zur Kenntnis genommen, daß vor zehn Jahren 28% der Briten Vertrauen zu Deutschland (d.h. zur alten Bundesrepublik) hatten und nur 18% mißtrauisch waren; 1997 aber hatten sich die Zahlen geändert, nur 10% hatten noch Vertrauen zu Deutschland und 35% waren eher als mißtrauisch einzustufen.⁹ Selbstverständlich sollte man solche Meinungserhebungen mit Vorsicht bewerten, der daraus ersichtliche allgemeine Trend ist jedoch beunruhigend.

Gründe für die Befürchtungen und Vorurteile in der öffentlichen Meinung

Zunächst sollte man bemerken, daß es keine objektive Begründung für solche oben beschriebenen Befürchtungen gibt. Das ist besonders auffällig, wenn man sie mit den Warnungen vor Deutschland vergleicht, die in Großbritannien zwischen den beiden Weltkriegen oder in den zwei Jahrzehnten vor 1914 zu hören waren. Wenn man Paul Kennedys sachliche Darstellung der Entwicklung der britisch-deutschen Entfremdung vor dem ersten Weltkrieg liest¹⁰, wird bald klar, daß es damals richtige, wenn nicht überwältigende Gründe für die Beunruhigung der Briten gegeben hat. Die Außen- und Rüstungspolitik des Wilhelminischen Reiches konnte als eine echte Bedrohung der Sicherheit Großbritanniens bewertet werden. Heute wäre es

⁹ Vgl. We can't find ways of liking the Germans, in: Daily Mail, 30. September 1997, Seite 27.

¹⁰ Paul Kennedy: The Rise of the Anglo-German Antagonism 1860-1914, London 1980, Seite 223-288.

geradezu lächerlich, die Bundesrepublik Deutschland schon aufgrund der Wiedervereinigung als eine militärische Bedrohung zu betrachten. Der Verfasser des Leitartikles im *Spectator* mußte das selbst zugeben, als er behauptete, Deutschland sei keine militärische Bedrohung mehr aber eine tiefgreifende politische. Das ist jedoch ebenso absurd wie die Vorstellung einer Gefahr durch die Bundeswehr. In der Tat sind die Freunde Deutschlands in Großbritannien - und es gibt welche - eher enttäuscht, weil die Deutschen so selten geneigt sind, internationale Verantwortung auf sich zu nehmen, als daß sie von der Angst vor einer angeblichen deutschen Hegemonie in Europa geplagt wären.

Was ist die Erklärung für diese jetzige kritische Haltung gegenüber Deutschland? Meines Erachtens gibt es zwei Gründe, die ausschlaggebend sind. Der erste Grund hängt mit der Entwicklung der Europäischen Union zusammen. In den sechziger und siebziger Jahren waren es die Konservativen in Großbritannien, die ihr Land an die Europäische Gemeinschaft anschließen wollten. Die Mehrheit der Labour Partei, und vor allem ihr linker Flügel und die Gewerkschaftsführer, waren dagegen. Ihnen galt die EWG damals als Heimat einer kapitalistischen Kultur, die die Errungenschaften des britischen Wohlfahrtsstaats unterminieren könnte. Heute haben sich die Verhältnisse drastisch verändert. Nach fast zwanzig Jahren einer laissez-faire Wirtschaftspolitik, die die Gewerkschaften entmachtet und schwer reduziert hat, betrachtet Labour mit Bewunderung die Arbeiterschutzmaßnahmen, die auf dem Festland die Regel sind. Deswegen wollten ihre Vertreter das soziale Kapitel des Vertrages von Maastricht auch in Großbritannien gelten lassen, was unter den Konservativen große Empörung verursacht hat.

Für rechtsstehende Euroskeptiker aber, die sich aus nationalistischen Gründen in Europa sowieso nie ganz wohl gefühlt haben, galt Brüssel immer schon als Hexenkessel des bürokratischen Kollektivismus, der die Freiheit der Briten, sich an eine globale Wirtschaft anzuschließen, beschränken möchte. Gerade hier gibt es Reibungen mit Deutschland, das als ein Musterbeispiel der europäischen Integrationsbegeisterung gilt. Trotz der Tatsache, daß Deutschland den Haushalt der Union wesentlich unterstützt, ist es ziemlich klar, daß die deutsche Europapolitik nicht zuletzt deshalb sehr

erfolgreich gewesen ist, damit erstens die deutsche Industrie Zugang zu einem großen Binnenmarkt bekommen hat und zweitens es ermöglicht wurde, daß deutsche Nationalinteressen vertreten werden können, ohne daß diese zu auffällig vorgestellt werden müssen. Die britische Erfahrung in der Europäischen Union ist aber weitaus weniger erfreulich. Nach dem Eintritt im Januar 1973 hat Großbritannien mehrere Wirtschaftskrisen erlebt. Auch fühlte sich London immer am Rande der Union, nicht nur im geographischen sondern auch im politischen Sinne. Weil Kohl und Mitterand zusammen die Architekten des Fortschritts in der europäischen Integration waren, hatte eine wachsende Zahl von Euroskeptikern unter den Konservativen den deutschen Einfluß auf die Vertiefung der Gemeinschaft sowie die deutsche Wirtschaftsmacht innerhalb der EG mit wachsender Beunruhigung betrachtet.

Es gibt aber noch einen letzten wichtigen Grund für die Abneigung solcher Kreise gegenüber Deutschland. Es war doch bemerkenswert, daß während der Weimarer Republik, als in Deutschland versucht wurde, eine demokratische Verfassung zu verwirklichen, diese Bestrebungen von den regierenden Kreisen in Großbritannien nicht besonders eifrig unterstützt wurden, in den dreißiger Jahren aber die NSDAP - wie auch die Faschisten in Italien, Horthy in Ungarn und Franco in Spanien - verhältnismäßig günstig geschätzt wurden. Das ist allerdings nicht so sehr erstaunlich, da man immer die Tatsache im Auge behalten muß, daß Großbritannien zwar eine sehr lange parlamentarische Tradition besitzt, gleichzeitig jedoch eine der jüngsten Demokratien in Westeuropa ist. Erst im Jahr 1918 erhielten alle erwachsenen Männer das Wahlrecht, und mit Hinblick auf Frauenwahlrecht fand die erste echte demokratische Wahl erst im Jahr 1929 statt. Während der ersten drei Viertel des 19. Jahrhunderts galt das Wort „Demokratie“ sogar als eine Beleidigung in der britischen Politik, das Vetorecht des House of Lords - der zweite Kammer des britischen Parlaments - wurde beispielsweise erst im Jahr 1911 abgeschafft. Der Prime Minister an der Jahrhundertwende, Lord Salisbury, der heute in rechtsstehenden Kreisen noch bewundert wird, betrachtete den wachsenden Trend in Richtung Demokratie als eine Bedrohung für die britische Zivilisation. Heute hat die Abneigung gegenüber Deutschland viel mit der Tatsache zu tun, daß die

Deutschen nach 1945 nicht nur eine demokratische Verfassung und ein Parteiensystem errungen sondern damit auch bewundernswerte Stabilität und Wirtschaftswachstum erreicht haben. Noch schlimmer ist die Tatsache, daß die Deutschen teilweise als Ergebnis der Politik der westlichen Besatzungsmächte ein föderalistisches System gebaut haben. Die Länder in der Bundesrepublik werden demokratisch regiert und genießen eine gewisse Autonomie. Für die britischen Regierungen bis zum Mai 1997 war die Bundesrepublik daher ein unbequemes Beispiel, weil gerade in Schottland und Wales - die als Nationen eine längere historische Tradition haben als manche der deutschen Länder - eine starke Sehnsucht nach Autonomie oder sogar Unabhängigkeit vorhanden war. Manche auf der rechten Seite des Spektrums gaben an, daß die Zukunft des Vereinigten Königreichs aus diesem Grund in Frage gestellt sei. Auch auf der Ebene der Gemeinden ist das deutsche System erheblich demokratischer als das britische. London zum Beispiel ist die einzige mir bekannte Hauptstadt eines entwickelten Landes, die keine gewählte Regierung hat. Dasselbe gilt für Manchester und mehrere andere britische Großstädte. Der Vergleich mit Deutschland, wo die Bürgermeister der großen Städten oft prominente Leute mit einem eigenen politischen Gewicht sind, ist aus britischer Sicht beunruhigend.

Selbstverständlich will Tony Blairs Regierung diese Situation verändern. New Labour beabsichtigt, Parlamente in Schottland und Wales einzurichten, obschon es noch etwas unklar bleibt, wieviel Macht diese haben werden. Und nach einem etwas enttäuschenden aber doch positiven Volksentscheid ist die Regierung bereit, London mit einem gewählten Oberbürgermeister auszustatten. Der Ton der Regierung gegenüber der Europäischen Union ist unter Blair und seinem Außenminister Cook bestimmt freundlicher als in der Zeit ihrer Vorgänger. Aber in der Tat bleibt die Europapolitik der Labour-Regierung zurückhaltend. Es ist ziemlich klar, daß der Schatzkanzler Großbritannien an den Euro anschließen möchte, und er hat durchaus die Absicht, die notwendigen Vorbereitungen durchzuführen, so daß Großbritannien nach den nächsten Parlamentswahlen und nach einer positiven Volksabstimmung der europäischen Währung beitreten dürfte.

Aber die Labour-Regierung, die immer auch an ihre Public Relations denkt, zeigt sich sehr vorsichtig, wenn es um eine deutliche Anbindung an

die europäische Integration an sich geht. Sie hat anscheinend die Befürchtung, daß sich der Versuch, das Volk für den EURO zu begeistern, ohne die Tagespresse und die privaten Sender hinter sich zu haben, als Fehlschlag erweisen könnte. Es muß betont werden, daß die Politiker in Großbritannien gleich wie ihre Kollegen in Deutschland eine große Hochachtung vor der Macht der Medien haben. Obwohl die Kollegen in den politologischen Abteilungen der Universitäten immer zu beweisen versuchen, daß die Tagespresse sehr wenig Einfluß auf Wahlentscheidungen hat, schenken ihnen die Politiker - ob links oder rechts - doch wenig Glauben. Um ein nicht unwichtiges Beispiel aus Großbritannien zu nennen: Das Medienimperium von Rupert Murdoch, das Tageszeitungen, Sonntagszeitungen und Satellitenfernsehen umfaßt, wird von Politikern stets umworben, um sich der guten Meinung in solchen Blättern wie *The Sun* (Tagesauflage über vier Millionen Exemplare) zu versichern. Im Jahre 1992 haben Murdochs Zeitungen John Major unterstützt und Neil Kinnock abgelehnt. Im Mai 1997 stand die Mehrheit der Murdoch-Blätter hinter Tony Blair. Selbstverständlich kann behauptet werden, daß die Zeitungsverleger die öffentliche Meinung eher widerspiegeln als beeinflussen. Die Politiker aber werden sich auf solche wissenschaftlichen Theorien nie verlassen, und ich persönlich glaube, daß sie recht haben. Die Mehrheit der privaten Medien in Großbritannien ist bis heute nicht gerade begeistert über die Europäische Union. Außer in einigen nicht sehr populären Zeitungen wie *The Guardian*, *The Independent* und *The Financial Times* ist die Stimmung in der Tagespresse überwiegend euroskeptisch. Nachrichten über die EU werden normalerweise verschwiegen oder nur in einem sehr kritischen Licht veröffentlicht. Weil es für die europakritische Propaganda sehr nützlich ist, die deutsche Gefahr an die Wand zu malen, ist leider zu erwarten, daß diese Art von populistischen Pauschalurteilen gegenüber Deutschland daher von Zeit zu Zeit wieder auftauchen wird.

Es ist bemerkenswert, daß die Berichterstattung über die Verleihung der Ehrenbürgerwürde der City of London an Bundeskanzler Helmut Kohl - dies ist eine ganz außerordentliche Auszeichnung für einen ausländischen Staatsmann - am 18. Februar 1998 in manchen angeblich ernst zu nehmenden britischen Zeitungen zwar nicht gerade feindlich, wohl aber kühl und

ironisch in ihrer Tonart war. Am 19. Februar berichtete der *Daily Telegraph* über eine kleine und wenig bedeutende Demonstration von Euroskeptikern, die Tony Blair als „Verräter“ verleumdet hatte, weil er angeblich mit Kohl, dem „großen Föderalisten“ zusammenarbeiten wolle. Ein wichtiges Mitglied aus dem damaligem Schattenkabinett, John Redwood, mußte von seinem Parteiführer William Hague gerügt werden, weil er Kohls Ehrenbürgerschaft öffentlich kritisiert und behauptet hatte, die Ehrung sei der City of London von der Regierung aufgezwungen worden. Der Inhalt von Kohls Rede in London wurde dagegen kaum ernsthaft diskutiert.

Mögliche Lösungsansätze

Nun, was kann man dagegen machen? Wahrscheinlich sehr wenig, außer höflich und deutlich auf die Tatsachen verweisen, die solche Legenden widerlegen können. Es wäre sicherlich ganz gut, wenn die Deutschen ihre Leistungen für die gesamteuropäische Sicherheit ausführlicher darlegen würden und zum Beispiel erklärten, wieviel sie der Abzug der Roten Armee aus Mitteleuropa gekostet hat, eine Leistung, die der Sicherheit aller westeuropäischen Länder, Großbritannien eingeschlossen, zugute kam. Auf jeden Fall ist es ratsam, auf leichtsinnige Attacken gelassen zu reagieren, denn im Grunde genommen haben die Briten heute keinen echten Grund, wirklich Angst vor Deutschland zu haben.

Man sollte auch auf diejenigen Fragen hinweisen, bei denen Großbritannien und Deutschland ähnliche Ziele haben. Beide Staaten sind zum Beispiel loyale Mitglieder der NATO und betrachten diese als das Fundament ihrer militärischen Sicherheit. Die Briten haben die NATO immer für wichtiger gehalten als die EU, und im Gegensatz zu Frankreich haben die Briten normalerweise sehr eng mit ihren deutschen Kollegen innerhalb der NATO zusammengearbeitet. Sie möchten die Eingliederung der neuen Demokratien in Mitteleuropa in dieses Sicherheitssystem ermöglichen. Auch die Erweiterung der EU nach Mitteleuropa ist ein Ziel der britischen Außenpolitik, das sich mit deutschen Interessen überschneidet. Hierbei könnte sogar eine Auflockerung der protektionistischen Seiten der EU - vor allem in der Gemeinsamen Agrarpolitik - erreicht werden. Es liegt im neuen nationalen

Interesse des vereinigten Deutschlands, daß seine Ostgrenze weder zur NATO noch zur EU die Grenze bleiben sollte. Viele britische Europaexperten teilen diese Ansicht, vor allem weil sie in einer möglichst breiten Ausdehnung der EU die beste Bürgerschaft für die Sicherheit und den Wohlstand Europas sehen und nicht in einer tief integrierten Kerngruppe, die andere europäische Staaten eher abstoßen als anziehen könnte.

Aus diesem Grund gibt es in Großbritannien ernst zu nehmende EU-Kritiker, die behaupten, die europäischen Währungspolitik sei geeignet, die europäischen Länder zu spalten, und der Meinung sind, daß das Ziel einer Europäischen Union präziser definiert werden müsse, bevor die Briten an dem gefährlichen Experiment einer Währungsunion teilnehmen sollten.¹¹ Das bedeutet aber, daß selbst die EURO-freundlicheren Briten andere Vorstellungen von Europa haben, als sie in Bonn die Regel sind. Anfang 1998 hat der angeblich von New Labour hochgeschätzte Londoner „think-tank“ DEMOS eine Denkschrift über die Suche nach einer europäischen Identität veröffentlicht.¹² Darin kann man lesen, daß die überwiegende Mehrheit der europäischen Bevölkerung über die EU schlecht informiert sei. Nur 41% der europäischen Bürger glauben demnach, daß ihre Länder von der Mitgliedschaft in der EU profitiert haben, und nur 50% betrachten sich als „Europäer“. Den Nutzen, den die europäischen Bürger gerne von der EU erbracht sehen würden - Frieden, Sicherheit, Kriminalitätsbekämpfung, Umweltschutz und Arbeitsplatzbeschaffung - das sind gerade diejenigen Punkte, die zur Zeit in der Praxis nicht auf der Tagesordnung stehen. Die nächste Aufgabe der EU, die Verwirklichung des EURO, wirkt nach Meinung der DEMOS-Denkschrift eher negativ auf die europäische Volksmeinung, als daß sie Begeisterung für die Europäische Union erwecken könnte. Europa muß sich neu vermarkten, um ein „Volkseuropa“ zu werden und nicht das Europa der Eliten und Bürokraten zu bleiben, das wir jetzt erleben

¹¹ Wie zum Beispiel Timothy Garton Ash: Europe's Endangered Liberal Order, in: Foreign Affairs, Vol. 77, No.2, March/April 1998, Seite 58-60.

¹² Mark Leonard: Making Europe Popular. The Search for European Identity, London 1998.

müssen. Diese Denkschrift, die wahrscheinlich nicht ohne Wirkung auf die Labour-Regierung bleiben wird, hat manche ernst zu nehmenden Thesen aufgeworfen; es ist jedoch nicht sehr wahrscheinlich, daß sie in Bonn mit großer Begeisterung entgegengenommen wird. Für die Deutschen wird es wohl doch leichter bleiben, ihr Dialog mit Frankreich fortzusetzen.

Hier stoßen wir auf einen heiklen Punkt. Der deutsch-französische Vertrag und die Achse zwischen Bonn und Paris waren selbstverständlich große Leistungen der Außenpolitik von Adenauer und de Gaulle, beide haben viel für die Europapolitik gebracht. Als sich die Briten im Januar 1973 an die EWG anschlossen, hofften britische Politiker, nun auch eine führende Rolle in Europa spielen zu dürfen. Sie waren zwar nicht ganz so naiv wie der ehemalige Außenminister George Brown, der im Dezember 1967 gegenüber seinem damaligen Kollegen Willy Brandt erklärt hatte: „You've got to get us in Willy, so we can take the lead“. Aber sie glaubten doch, daß Großbritannien eine dritte Macht in einem europäischen Dreieck neben Frankreich und der Bundesrepublik werden könnte. Diese Hoffnung wurde niemals erfüllt. Man kann das als Folge einer strukturellen Schwierigkeit betrachten. Zu dritt zu arbeiten ist immer schwieriger als zu zweit. Adenauer soll Brandt in Cadenabbia gesagt haben: „Aber wenn aus zwei Hauptbeteiligten, Paris und Bonn, mit London drei würden, könne leicht sein, »daß die beiden den anderen zu unseren Lasten Kippen machen«“¹³. Ob Adenauer dabei richtig zitiert wurde und ob er es damit ernst meinte, kann ich nicht beurteilen. Es ist aber klar, daß ein bilaterales Bündnis leichter zu kontrollieren ist, als eine Dreiecksbeziehung.

Hinzu kam die Tatsache, daß die Briten ihre Mitgliedschaft in der EWG nur halbherzig aufnahmen - vor allem nach dem Scheitern der Heath-Regierung im Jahre 1974. Sie hatten immer Schwierigkeiten betreffend Haushaltsbeiträgen, Fischquoten und anderen wirtschaftlichen Problemen. Die großen politischen Fragen betrachteten sie meistens mit Mißtrauen, obwohl Frau Thatcher ihr Bestes tat, den gemeinsamen Markt innerhalb der Gemeinschaft endlich zu verwirklichen. Zwischen Paris und Bonn aber

¹³ Willy Brandt: Erinnerungen, Berlin/Frankfurt(Main)/Zürich 1989, Seite 46-47.

wurden die Beziehungen immer weiter verfestigt. Auch wenn Ludwig Erhard niemals richtig mit de Gaulle zurecht kam, der kollektivistische Keynesianismus von Harold Wilson war ihm kaum sympathischer. Brandt und Pompidou, Schmidt und Giscard, die Liste der eng zusammenarbeitenden Leader in Bonn und Paris läßt sich fortsetzen; Großbritannien blieb aber immer das fünfte Rad. Selbst heute, nachdem der französische Präsident Chirac am Anfang seiner Amtszeit versucht hat, die Beziehungen zu Großbritannien zu verbessern, ist die deutsch-französische Achse fast genauso lebendig wie vorher. Auch die Tatsache, daß man es in Bonn unerwartet schnell mit dem „linken“ Premier Lionel Jospin zu tun hatte, war kein großes Problem, nach einigen Schwierigkeiten in der Anfangsphase ihrer Amtszeit paßte sich die neue französische Regierung brav an die Konvergenzkriterien für den EURO an, und von da an schienen ihre Beziehungen zum CDU-Kanzler in Bonn schon etwas enger zu sein als zur der sozialdemokratischen Bruderpartei in London. Niemand kann glauben, daß ein möglicher neuer Bundeskanzler Gerhard Schröder nach den Wahlen im Herbst 1998 in der Bundesrepublik diese vertrauenswürdige Achse mit Paris aufgeben würde, um mit Tony Blairs New Labour zu paktieren.

Es ist schon etwas schwierig, den Briten eine Europäische Union zu verkaufen, die immer auf der Basis einer solchen engen deutsch-französischen Partnerschaft funktionieren sollte. Beispielsweise hatte auch der Krach um die Wahl des jetzigen Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Santer, beim Europäischen Gipfel 1994 auf Korfu weniger mit den ideologischen Positionen des Kandidaten zu tun als mit Ressentiments gegen eine angebliche Vorentscheidung seitens Frankreichs und Deutschlands. Bei aller Hochachtung für die historische Leistung von de Gaulle und Adenauer, es ist doch schwierig sich vorzustellen, daß in der vergrößerten EU von heute - und in der nächsten Zukunft soll sie noch größer werden - eine bilaterale Führung möglich sein wird. Das bedeutet selbstverständlich aber nicht, daß nun eine trilaterale Achse eingeführt werden sollte. Wir müssen uns an eine multilateral gesteuerte Europäische Union gewöhnen.

Dieser Beitrag sollte nicht ohne eine optimistische Aussicht enden. Trotz aller Propaganda in Großbritannien in den letzten sechs Jahren gibt es keinen Beweis, daß die europäische Integration in Großbritannien wirklich

unbeliebt wäre. Selbstverständlich beantworten die Befragten bei demoskopischen Untersuchungen, sie wollten keine Mitglieder eines europäischen Superstaats werden. Selbst in Deutschland kann man schon auf Umfragen hinweisen, die eine Mehrheit gegen den EURO beweisen sollen. Wenn es aber um das Wahlverhalten geht, ganz gleich ob in Deutschland oder in Großbritannien, sieht die Lage ganz anders aus. Die Konservativen galten bei den letzten britischen Unterhauswahlen als - wenn auch gespalten - euroskeptisch, die Labour Partei als vorsichtig europafreundlich. Das hat Tony Blair aber dennoch nicht daran gehindert, einen deutlichen Wahlsieg zu erzielen. Splitterparteien, die als programmatischen Schwerpunkt die Ablehnung der europäischen Integration auf ihre Fahnen geschrieben hatten, blieben sogar völlig erfolglos. Und das war auch schon bei Europawahlen der Fall, bei denen es eher wahrscheinlich gewesen wäre, daß Protestwähler ihre Stimmen gegen die EU abgeben würden. Der Bundeskanzler selbst genoß bei seinen Besuchen in Großbritannien immer die Hochachtung der britischen Bevölkerung - sei es am Gedenktag für das Kriegsende, sei es als Redner in britischen Universitäten - und ist immer freundlich und wohlwollend empfangen worden.

Der Fall ist bestimmt nicht hoffnungslos; es verlangt aber Geduld und ruhige Nerven.

ISSN 1435-3288

ISBN 3-933307-16-3



Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1880
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>